

„Alternativen schaffen“

In den nächsten zehn Jahren soll sich die Anzahl der Pflegebedürftigen um 30 Prozent erhöhen.

BEZIRK FREISTADT. Die Zahl der pflegebedürftigen Oberösterreicher wird bis 2030 um etwa 30 Prozent ansteigen. Im Bezirk Freistadt werden also rund 1.000 ältere Menschen zusätzlich bedarfsgerechte Wohn-, Pflege- und Betreuungsangebote sowie qualifiziertes Personal brauchen. „Um diesem Bedürfnis nachzukommen, müssen wir schon jetzt damit anfangen, passende Angebote im Bezirk zu schaffen“, sagt Hans Affenzeller, der Bezirksvorsitzende des Pensionistenverbandes. Das Pflegekonzept von Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer sieht die Schaffung einer „Alternativen Wohnform“ (AWF) vor. Die AWF



Die SPÖ fordert alternative Wohnformen.

Foto: Privat

ist ein Angebot für Senioren, die zuhause über Mobile Dienste nicht mehr ausreichend betreut werden können, die aber auch nicht die Vollversorgung eines Altenheims brauchen. Personen mit Pflegestufe eins, zwei oder drei bekommen eine leistbare und altersgerechte Kleinwohnung zur Verfügung gestellt. Die AWF bietet darüber hinaus Gemeinschaftsräume und ein

Pflegebad. Jeder Bewohner erhält ein individuelles Betreuungspaket wie beispielsweise Essen auf Rädern, Gedächtnistraining, Haushaltsservice oder Hauskrankenpflege. Die AWF ist auch finanziell attraktiver als das klassische Pflegeheim. Fünf Pilotprojekte in Oberösterreich sollen zeigen, wie's geht. Eines davon wird in der Gemeinde Tragwein umgesetzt.

Neue Wohnform realisieren

Der Pensionistenverband fordert vom Sozialhilfeverband den raschen Bau mehrerer solcher Wohnanlagen. „Wir haben im Bezirk viele Möglichkeiten, die Alternative Wohnform zu realisieren. Die Wohn-oase in Freistadt könnte beispielsweise sofort umfunktioniert werden.“ Als weitere Standortvorschläge nennt Affenzeller die Mühlviertler Alm sowie die Gemeinden Neumarkt und Wartberg.

Zusätzlich fordert der Pensionistenverband den Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen sowie Tagesbetreuungsplätzen.

Recht auf würdige Pflege

„Das Recht auf würdige Pflege sollte in der Verfassung verankert werden“, sagt Affenzeller. „Wir fordern eine staatliche Pflegegarantie mit ausreichender Finanzierung.“ Eine private Pflegeversicherung lehnt der Pensionistenverband aus sozialen Gründen klar ab. Ins Auge zu fassen sei die Einführung einer Erbschaftssteuer auf Millionen-erbschaften, die für die Kosten der Pflege zweckgewidmet wird. „Den Kosten steht ja auch ein entsprechender Nutzen gegenüber: der Pflegebereich ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der viele Arbeitsplätze und damit Einkommen sichert, auch in unserem Bezirk“, sagt Landtagsabgeordneter Michael Lindner.